Aufruf der Evangelischen Arbeitnehmerschaft ean Baden zum 1. Mai 2011

Die Evangelische Arbeitnehmerschaft im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Baden e.V. ruft gemeinsam mit dem DGB zur Teilnahme an den Veranstaltungen zum 1. Mai 2011 auf. Sie unterstützt das Motto des DGB:

„Das ist das Mindeste“
Faire Löhne - Gute Arbeit – Soziale Sicherheit

„Das Phänomen der „working poor“, also von Erwerbstätigen, deren Entlohnung nicht aus der Armut herauszuführen vermag, verdient angesichts zunehmenden Drucks auf die Löhne auch in diakonischen Einrichtungen verstärkter Aufmerksamkeit. Ein Niedriglohnsektor darf kein Bereich werden, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch eine sich stets nach unten bewegende Lohnspirale ausgebeutet werden. In einem reichen Land wie Deutschland sollte es Ziel sein, den Niedriglohnsektor so klein wie möglich zu halten,“ (aus: Gerechte Teilhabe, eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland, 2006 Seite 13).

Folgende Punkte möchte die ean hervorheben und als kirchlichen Beitrag zum diesjährigen Schwerpunktthema des DGB einbringen:

- Faire Löhne sollen durch ein Mindestlohngesetz geregelt werden. Denn immer mehr Menschen arbeiten in prekären und ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Oft reicht hier eine Arbeitsstelle nicht aus, um den Lebensunterhalt zu verdienen.
- „Gute Arbeit“ ist ein wichtiger Aspekt der Lebensplanung. Wir brauchen eine Wirtschaft, die den Menschen heute dient ohne die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zu zerstören.
- Viele Familien, Partnerschaften leiden unter der Ausdehnung der Arbeitszeiten. Die Ladenöffnungszeiten und die verkaufsoffenen Sonntage weiten sich aus, was besonders die Frauen zu spüren bekommen. Das Engagement in Vereinen oder in einem Ehrenamt kann so kaum aufrechterhalten werden. Wir brauchen deshalb eine breite Allianz für den freien Sonntag, für gemeinsame Freizeit und Wochenenden.
- Die soziale Marktwirtschaft ist zu erhalten und um Nachhaltigkeit zu erweitern. Wir brauchen einen starken Sozialstaat und ein solidarisches nachhaltiges Sozialversicherungssystem.

Die Politik ist gefordert:

Es muss eine ehrliche politische Debatte um einen starken ökologischen und nachhaltigen Sozialstaat geführt werden. Wir brauchen einen schützenden Sozialstaat und eine Regulierung der Finanz- und Wirtschaftsmärkte.

Verantwortung der Kirchen

Die Kirchen müssen verstärkt die Aufmerksamkeit auf ihr eigenes Handeln in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht lenken.

Sie erinnert: „Die Wirtschaft ist um des Menschenwillen da, sie ist kein Selbstzweck. Ohne ihre angemessene Einbindung in die Gesellschaft, gibt es keine Gerechtigkeit, keinen Frieden“.

Wir laden Sie herzlich zu den ökumenischen Gottesdiensten ein. Nehmen Sie teil an den Maikundgebungen des DGB.

gez.

Wilhelm Rojek, erster Vorsitzender,

Gabriele Vetter und *Friedhelm Tschertter*, stellvertr. Vorsitzende